

**Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium:** Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales –  
öffentlich  
**Sitzungstermin:** Montag, 07.11.2022  
**Raum:** Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:20 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr stv. BM Horst Segebade      SPD

**ordentliche Mitglieder**

Herr Dieter Ahlers      CDU      für Sylke Heilker

Herr Michael Fierkens      CDU

Herr stv. BM Kai Kupperbusch      CDU

Herr Wolfgang Salhofen      CDU

Frau Anne Brandt      SPD

Herr Dennis Eike      SPD

Frau Kerstin Icken      SPD

Frau Sandra Peters      B90/Grüne

Frau Birgit Rowold      B90/Grüne

Herr Christian Meyer-Hullmann      FDP

**beratende Mitglieder**

Herr Jann Aden      Seniorenarbeit

Frau Nicole Härtel      öffentliche Jugendhilfe

**Verwaltung**

Herr Bürgermeister Lars Krause

Frau Sabine Meyer

Herr Stefan Unnewehr

Herr Ralf Kobbe      Protokoll

**Gäste**

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

Frau Evelyn Fisbeck      FDP

**Entschuldigt fehlen:**

**ordentliche Mitglieder**

Frau Sylke Heilker      CDU

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren - Antrag DIE LINKE  
Vorlage: 2022/170A
- 6 Antrag AG für den Frieden der KGS Rastede - "Schafft sichere Häfen"  
Vorlage: 2022/178
- 7 Haushalt 2023 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan  
Vorlage: 2022/123
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Herr Segebade eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 17:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Herr Segebade stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2022**

**Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales vom 14.06.2022 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 5**

**Einrichtung eines Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren - Antrag  
DIE LINKE**

**Vorlage: 2022/170A**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage vor und macht dabei insbesondere darauf aufmerksam, dass für die öffentliche Fürsorge die Länder (Art. 74 GG) zuständig sind und die Bundesregierung mit Entlastungspaketen, der Wohngeldreform, dem Bürgergeld, der Anpassung der Heizkostenpauschale sowie der Erhöhung des Kindergelds und Kinderzuschlags umfänglich auf die Krisensituation reagiert hat. Darüber hinaus haben Bund und Länder bereits einen Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren angekündigt.

Frau Brandt und Herr Küpperbusch signalisieren übereinstimmend Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag und unterstreichen, dass bereits zahlreiche Entlastungsmaßnahmen aufgelegt wurden und ein Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren vom Bund und Land demnächst folgen wird.

**Beschlussempfehlung:**

Dem Antrag zur Einrichtung eines kommunalen Härtefallfonds zur Vermeidung von Energiesperren wird nicht entsprochen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 6**

**Antrag AG für den Frieden der KGS Rastede - "Schafft sichere Häfen"**  
**Vorlage: 2022/178**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt den Antrag der Arbeitsgemeinschaft (AG) „Für den Frieden“ kurz vor und berichtet ergänzend zur aktuellen Situation, dass zur bisher schon hohen Aufnahmequote bis Ende März 2023 weitere 310 Flüchtlinge von der Gemeinde Rastede aufzunehmen sind und obendrein das Bürgergeld zum 01.01.2023 eingeführt werden soll, sodass für weitere Tätigkeiten derzeit absolut keine personellen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Frau Brand legt dar, dass die menschlichen Tragödien und Katastrophen im Mittelmeer dramatisch und nicht hinnehmbar sind und sogar zu befürchten ist, dass sich die Lage durch den Rechtsruck in Italien möglicherweise noch verschärfen wird. Nichtsdestotrotz ist die Gemeinde mitsamt den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern derzeit an der Belastungsgrenze, sodass ein Beitritt zum Bündnis „Schafft sichere Häfen“ zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend ist, da mit einem Beitritt zum Bündnis auch Verantwortung übernommen werden sollte. Vor diesem Hintergrund beantragt sie, den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung zu versehen, der AG zu empfehlen, ihren Antrag auch an die aus Sicht der SPD-Fraktion zuständige Ausländerbehörde des Landkreises Ammerland zu geben.

Herr Küpperbusch gibt zu verstehen, dass sich die Gemeinde Rastede im Rahmen der Flüchtlingsarbeit nicht an eine Organisation binden und Aufgaben übernehmen sollte, die letztendlich nicht zu bewerkstelligen sind. Er weist darauf hin, dass bereits seit der Flüchtlingswelle 2015/16 in Rastede auf haupt- und ehrenamtlicher Basis hervorragende Flüchtlingsarbeit geleistet wird und inzwischen Belastungsgrenzen erreicht sind, sodass er beantragt, den Antrag der AG „Für den Frieden“ abzulehnen.

Frau Rowold spricht sich grundsätzlich dafür aus, dem Bündnis „Schafft sichere Häfen“ beizutreten und zunächst die Punkte 1 „öffentliche Solidaritätserklärung“ und 8 „Transparenz in den Verfahrensabläufen“ zu ratifizieren, um ein deutliches Zeichen der Solidarität zu setzen, und gleichzeitig den Druck auf den Bund und die EU zu erhöhen, damit sich die Situation insgesamt verbessert. Sie weist zudem darauf hin, dass es der Fraktion Bündnis90/Grüne derzeit nicht darum geht, zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, sodass die übrigen Forderungen des Bündnisses zu einem späteren Zeitpunkt unterzeichnet werden könnten. Vor diesem Hintergrund beantragt sie:

1. Die Gemeinde Rastede tritt dem Bündnis „Schafft sichere Häfen“ grundsätzlich bei und erkennt die Forderungen 1 (öffentliche Solidaritätserklärung) sowie die Forderung 8 (Transparenz in den Verfahrensabläufen) an. Die Verwaltung wird aufgefordert hierfür die Voraussetzungen zu schaffen.
2. Die Umsetzung der Forderungen 2 bis 7 wird zunächst zurückgestellt und im Lichte der weiteren Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte 2023 öffentlich

erneut betrachtet. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt Möglichkeiten des Handelns aufzuzeigen und vorzustellen.

3. Der Rat der Gemeinde Rastede richtet einen Appell an die weiteren Gemeinden des Landkreises Ammerlandes, um im Ergebnis einen gemeinschaftlichen Weg für den Geltungsbereich des Landkreises Ammerland zu gestalten.

Frau Meyer weist darauf hin, dass in der Gemeinde Rastede bereits über den Bund und das Land Flüchtlinge aus dem Mittelmeerraum angekommen sind und aufgenommen wurden.

Herr Meyer-Hullmann betont, dass derzeit eine furchtbare Zeit ist, die auch die haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und Helfer vor Ort vor große Herausforderungen stellt. Von daher sollte ein pragmatischer Lösungsansatz gefunden und nicht vorschnell dem Bündnis „Schafft sichere Häfen“ beigetreten werden.

Herr Aden warnt davor, mit dem Beitritt zum Bündnis eine Erwartungshaltung zu schaffen, die später nicht eingehalten werden kann. Vor dem Hintergrund der enormen Belastungen insbesondere bei den Ehrenamtlichen, spricht er sich dafür aus, den Antrag zunächst mindestens zurückzustellen.

Frau Rowold verfestigt noch einmal ihre Argumentation und weist insbesondere darauf hin, dass es in einem ersten Schritt nur um die Solidaritätsbekundung geht, die wichtig ist, um auf die Problematik im Mittelmeerraum hinzuweisen und auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken.

Bürgermeister Krause erwidert, dass in Rastede seit Beginn der Flüchtlingskrise nahezu täglich eine große Solidarität in der Flüchtlingskrise gezeigt wird, in dem Haupt- und Ehrenamtliche Tag und Nacht zur Verfügung stehen und am Limit arbeiten, um Flüchtlingen zu helfen. Dessen ungeachtet sollten auch nur die Dinge beschlossen werden, die zeitnah realistisch umsetzbar sind.

Frau Icken ergänzt, dass sie bereits seit 2015 in der Flüchtlingsarbeit tätig ist und jetzt aufgrund der enormen Auslastung der falsche Zeitpunkt ist, um dem Bündnis beizutreten, sodass sie sich dafür ausspricht, die Thematik in einem Jahr noch einmal aufzugreifen.

Im weiteren Verlauf werden von einigen Rednern die jeweiligen Standpunkte der Fraktionen weiter verfestigt.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den weitergehenden Antrag von Frau Rowold abstimmen.

Bei 2 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den eingangs formulierten Antrag von Herrn Küpperbusch, den Antrag der AG für den Frieden abzulehnen, abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.



Zuletzt lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den von Frau Brand modifizierten Antrag der Verwaltung abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag abgelehnt.

### **Tagesordnungspunkt 7**

#### **Haushalt 2023 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan**

**Vorlage: 2022/123**

#### **Sitzungsverlauf:**

Frau Meyer stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift) die wesentlichen Produkte im Bereich TH 5\_011 Kinder, Jugend und Familienhilfe (Kindergärten und Horte) vor.

Herr Unnewehr stellt anschließend anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die Liegenschaftsverwaltung (TH 4\_01) dar. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

#### **Heizungssanierung im Kindergarten Loy**

Herr Salhofen erkundigt sich, ob es nicht sinnvoll wäre, im Zuge der anstehenden Heizungssanierung im Kindergarten Loy über eine Wärmepumpe und PV-Anlage nachzudenken.

Herr Unnewehr führt aus, dass im vorhandenen Bestand nicht einfach eine Wärmepumpe installiert werden kann, da vorab eine energetische Komplettanierung erforderlich wäre, die weit mehr als nur den Heizungsaustausch umfassen würde. Dessen ungeachtet muss perspektivisch aber über alternative Lösungen nachgedacht werden, um auf fossile Brennstoffe verzichten zu können.

#### **Bedarf für zusätzliche Betreuungsangebote**

Auf Nachfrage von Herrn Salhofen erklärt Herr Unnewehr, dass die eingeplanten 50.000 Euro Planungskosten beim Kindergarten Mühlenstraße eher als Platzhalter zu sehen sind, um weitere Planungen für eine erforderliche neue Kindertagesstätte im Hauptort Rastede initiieren zu können.

Frau Brand erkundigt sich, ob und inwieweit eine Zeitschiene für die weitere Kitaplanung besteht.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig ist, einen exakten Zeitpunkt zu nennen, da zunächst einmal die Grundlagenermittlung erfolgen muss, um dann gegebenenfalls im ersten Quartal 2023 in die politische Beratung einsteigen zu können.

Herr Unnewehr ergänzt, dass seitens der Verwaltung zügig versucht wird, Lösungsansätze aufzuzeigen, da der Bedarf an zusätzlichen Kita-Plätzen unumstritten vorhanden ist.

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2023 unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

## **Tagesordnungspunkt 8**

### **Anfragen und Hinweise**

#### **Sporthalle Wahnbek**

Frau Rowold weist darauf hin, dass in den Umkleiden, Duschen und Fluren der Sporthalle Wahnbek oftmals in den Nachtstunden das Licht brennt.

Bürgermeister Krause bedankt sich für den Hinweis und betont, dass die Verwaltung versuchen wird, die Nutzer der Halle sowie den Hausmeister zu sensibilisieren und perspektivisch zu prüfen, ob technische Verbesserungen möglich sind.

Herr Küpperbusch bemerkt, dass Präsenzmelder heute Standard sind und hier auf Dauer ein großes Einsparpotenzial besteht.

Herr Unnewehr weist darauf hin, dass die Beleuchtung in nahezu alle Einrichtungen mittlerweile auf sparsame LED-Technik umgestellt wurde und eine Umrüstung auf Präsenzmelder zwar denkbar ist, jedoch teilweise mit erheblichen Kosten verbunden wäre.

#### **Bushaltestelle Wiefelsteder Straße / Am Waldrand**

Frau Brand bemerkt, dass sich die unbefestigte und stark frequentierte Bushaltestelle Wiefelsteder Straße / Am Waldrand in einem schlechten Zustand befindet und hier allein schon aus Sicherheitsaspekten dringend eine Verbesserung herbeigeführt werden müsste, um bereits aufgetretene Gefahrensituationen künftig vermeiden zu können.

#### **Ausbau Loyer Weg**

Herr Salhofen informiert, dass im Bereich Buchenstraße und Kiefernweg die Randstreifen aufgrund der Umleitungsverkehre im Zusammenhang mit der Erneuerung des Loyer Wegs extrem ausgefahren sind und obendrein teilweise deutlich zu schnell gefahren wird. Er bittet darum, die Situation zu prüfen und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

#### **„Vergessene“ Wahlplakate**

Herr Küpperbusch bemerkt, dass die Partei „Die Basis“ immer noch einige Plakate im Gemeindegebiet hängen hat, die noch zu entfernen sind.

Bürgermeister Krause legt dar, dass den Parteien zum Entfernen der Plakate 14 Tage Zeit gegeben wird. Sofern von den Parteien die Frist nicht eingehalten wird, erfolgt seitens der Verwaltung eine schriftliche Aufforderung, dass die Plakate umgehend zu entfernen sind.

#### **Wunschbaumaktion**

Frau Meyer macht darauf aufmerksam, dass für die diesjährige Wunschbaumaktion 194 Familien mit 363 Kindern angeschrieben wurden, die Leistungen nach ALG II und dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Wunschbäume stehen im Gemeindehaus der evangelisch lutherischen Kirche, im REWE-Markt an der Raiffeisenstraße, der LzO, der OLB und der Raiffeisenbank Rastede.

**Tagesordnungspunkt 9**

**Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

**Tagesordnungspunkt 10**

**Schließung der Sitzung**

Herr Segebade schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 18:20 Uhr.